



**Finanzgruppe**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Statement

des Präsidenten des

Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

**Prof. Dr. Ulrich Reuter**

anlässlich der Pressekonferenz „Zukunft Mittelstand“

des DSGVO

am 9. September 2025 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zur Pressekonferenz „Zukunft Mittelstand 2025“.

Ich freue mich, dass wir über die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven des Mittelstands sprechen können. Denn das ist eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft unseres Landes.

Der deutsche Mittelstand ist stabil – noch.

Diese vorhandene Stabilität ist keine Selbstverständlichkeit – sie ist das Ergebnis vorausschauenden Handelns, kluger Entscheidungen und einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit der sehr häufig familiengeführten Unternehmen. Und sie kann verloren gehen. Ohne grundlegende Veränderungen der Rahmenbedingungen in Deutschland droht auch die Substanz der Unternehmen zu erodieren. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit.

Nach zwei Rezessionsjahren droht Deutschland das dritte. Wir haben es mit einer strukturellen Krise zu tun, auf die mit strukturellen Änderungen politisch reagiert werden muss.

## **I. Analyse Mittelstand**

Unsere Analysen von Unternehmensbilanzen sowie die Befragung unserer Unternehmens-Experten zeigen ein gemischtes Bild:

- Der Umsatz im Mittelstand ist real um 4 % gesunken.
- Die Gewinneinbußen sind deutlich: Das Betriebsergebnis ging um 13 % zurück, die durchschnittliche Umsatzrendite liegt bei nur noch 4 %.
- Größter Kostentreiber waren die Personalkosten mit einem Plus von knapp 4 % – in einem Land, in dem die Arbeitskosten z.B. im produzierenden Gewerbe mit 43 Euro pro Stunde rund ein Drittel über dem EU-Durchschnitt liegen.

Trotz dieser Belastungen liegt die Eigenkapitalquote im Durchschnitt immer noch bei 38 %. Der Mittelstand spürt also den Gegenwind – aber er hält noch stand.

Blickt man in die einzelnen Branchen, zeigt sich eine sehr unterschiedliche wirtschaftliche Lage – mit klaren Gewinnern, aber auch Bereichen, die stärker unter Druck stehen. Im Herzstück der deutschen Industrie – im Metall-, Fahrzeug- und Maschinenbau – mussten die

Unternehmen Umsatzrückgänge von rund 7 % und Gewinneinbußen von 18 % verkraften – vor allem als Folge schwacher Nachfrage und gestiegener Lohnkosten.

Im Gastgewerbe gingen die Umsätze leicht zurück, die Gewinne haben nachgelassen. Zusätzlich drücken Kaufkraft-Unterschiede zwischen Stadt und Land. Der Individual-Gastronomie macht das Erstarren der Systemgastronomie zu schaffen.

Der Einzelhandel bewegte sich beim Umsatz nahezu auf Vorjahresniveau, konnte aber seine Gewinne steigern. Hier wird das Branchenergebnis durch Lebensmittel- und Onlinehandel positiv nach oben gezogen. Generell gilt: Der Einzelhandel ist stark abhängig von der Attraktivität der Innenstädte.

Im Baugewerbe dagegen legten die Umsätze leicht zu, ebenso die Gewinne.

Die Risikobewertung unseres Branchendienstes zeigt: Der Anteil „risikobehafteter Unternehmen“ – definiert als Eigenkapital-Quote unter 5 % und mit negativer Rendite vor Zinsen und Steuern – liegt bei rund 7 %. Das ist in Summe keine Veränderung. Gleichwohl ist das angesichts der schwierigen Konjunktur ein erfreulich stabiler Wert. Er belegt, wie krisenresilient viele Unternehmen aufgestellt sind.

## II.

Die deutschen Unternehmen haben schwierige Jahre mit deutlichen Krisen hinter sich. Auf diese Krisen hat die übergroße Mehrheit besonnen und entschlossen reagiert. Allerdings haben in den vergangenen fünf Jahren auch staatliche Hilfen gegriffen. Jetzt werden allerorten die Belastungen einer veralteten öffentlichen Infrastruktur, einer überbordenden Bürokratie und sehr hohen Lohnnebenkosten wegen fehlender Reformen immer deutlicher. Aktuell kommen Belastungen aus der weltwirtschaftlichen Lage hinzu, besonders aus den direkten und indirekten Wirkungen von Protektionismus und den Zollunsicherheiten. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen sind davon direkt oder mindestens indirekt betroffen.

Wenn die Welt um uns herum immer unsicherer wird, müssen wir wenigstens das Verbesserungspotenzial nutzen, das in der eigenen Hand liegt. Vieles in unserem Land ist reformbedürftig. Seit Jahren warten die Unternehmen deshalb auf eine entschlossene Veränderung der politischen Rahmenbedingungen. In die neue Bundesregierung wurden – und werden auch noch – große Hoffnungen gesetzt. Allerdings ist inzwischen eine gewisse Ernüchterung eingetreten, die in eine grundlegende Enttäuschung umschlagen kann. Der vor uns liegende politische Herbst ist deshalb entscheidend. Wir brauchen dringend eine mutige Reformagenda.

Ich nenne hier nur die Stichworte, auf die ich gleich noch einmal zurückkomme:

- Die Lähmung durch die überbordende Bürokratie muss abgebaut werden. Jetzt wirklich – reine Ankündigungen reichen nicht mehr.
- Wir brauchen angesichts der absehbaren altersbedingten Nettoverluste in den Beschäftigtenzahlen die Erschließung eines zusätzlichen Arbeitskräftepotenzials – gezielte, gesteuerte Einwanderung in den Arbeitsmarkt und Aktivierung der vorhandenen inländischen Arbeitskräftereserve.
- Und wir brauchen endlich echte Reformen der Sozialversicherungs- und Rentensysteme. Dort leben wir über unsere Verhältnisse. Das kann auf Dauer nicht aufgehen.

Bei den Unternehmen ist Veränderungswille erkennbar. In den vergangenen drei Jahren hatten sich viele Unternehmen mit Investitionen zurückgehalten. Jetzt gibt es wieder die Bereitschaft, nach vorne zu investieren. So haben die Sparkassen im ersten Halbjahr 2025 mit 43,1 Milliarden Euro 6,1 Milliarden Euro (+16,4 Prozent) mehr an neuen Krediten für Unternehmen und Selbständige zugesagt als in den ersten sechs Monaten 2024. Die Steigerung bei Betriebsmittel- und Investitionskrediten liegt bei 12 Prozent. Aber wir müssen aufpassen, dass dies nicht nur ein Strohfeuer bleibt. Und wir dürfen auch nicht übersehen, dass das Investitionspotenzial des Mittelstandes bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Mit mehr Mut und gutem politischem Rückenwind geht deutlich mehr.

Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ mit seinen 500 Milliarden Euro für 12 Jahre ist kein Allheilmittel, aber ein wichtiger Impuls. Besonders profitieren wird das Baugewerbe – mit einem Anteil an der Produktion von etwa 30 %. Aber auch Branchen wie Architektur- und Ingenieurbüros, Metallerzeugung und IT-Dienstleister werden stärker gefragt sein.

Hinzu kommen erhöhte Verteidigungsausgaben, die nicht nur in der Rüstungsindustrie spürbar werden dürften.

Betrachtet man die Entwicklung in Gänze, zeigen unsere Berechnungen: im kommenden Jahr ist ein Plus beim BIP von rund 1 % zu erwarten. Die volle Wirkung dürfte sich im Jahr 2027 entfalten, mit einem voraussichtlichen BIP-Zuwachs von rund 1,5 %.

Uns muss klar sein: Das ist ein durch neue Schulden gekauftes Wachstum. Das Potenzialwachstum wird damit nicht erschlossen. Und deshalb kann das eine das andere auch nicht ersetzen.

Die zusätzlichen öffentlichen Investitionen sind wichtig, um die öffentliche Infrastruktur wieder auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Sie reichen aber bei weitem nicht aus, um Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder auf Augenhöhe mit anderen zu bringen. Dazu sind mehr private Investitionen erforderlich. Und da reden wir:

- von internationalen Investoren, die stärker für Europa und für Deutschland gewonnen werden müssen – die globalen Entwicklungen und viele Unsicherheiten in den USA geben uns da Rückenwind,
- von privaten Anlegern in Deutschland, die motiviert werden sollten, ihr Kapital in Infrastrukturmaßnahmen im Inland zu investieren
- und von Unternehmen – besonders dem Mittelstand – die einen entscheidenden Schlüssel für Zukunftsinvestitionen in den Händen halten.

Um die unternehmerischen Investitionen in Deutschland anzureizen, ist die degressive Abschreibung in Höhe von 30 % ein erster richtiger Schritt. Seit Ende Juni greift das. Unternehmen können Investitionen schneller steuerlich geltend machen und so Liquidität freisetzen.

Aber: Die Regelung greift nur bei einem Teil der Investitionen. Viele Bereiche – wie Grundstücke, Gebäude oder immaterielle Güter – sind ausgeschlossen. Ein Blick auf die vergangenen Jahre zeigt: Im langjährigen Durchschnitt entfielen nur rund 30 % der gesamtwirtschaftlichen Investitionen auf bewegliche Güter, die unter die neue Regelung fallen. Das Münchner Ifo-Institut hat jüngst gefordert, die Befristung aufzuheben und die degressiven Abschreibungsmöglichkeiten dauerhaft festzuschreiben, um bei überschaubaren fiskalischen Kosten langfristige Wirkungen zu entfalten. Diese Einschätzung teilen wir.

Für eine umfassende Modernisierung der Infrastruktur in diesem Land müssen aber über unternehmerische Investitionen hinaus auch andere private Kapitalquellen nutzbar gemacht werden. Wir alle wissen, dass unsere deutsche Energie-Infrastruktur grundlegend umgebaut werden muss. Das betrifft vor allem Energienetze und Speichertechnologien. Das braucht erhebliche Kapitalvolumina. Es wäre nicht gut, wenn systemrelevante Infrastrukturen künftig durch ausländische Investoren beherrscht würden und so neue Abhängigkeiten entstünden.

Auch deshalb haben sich in einem Konsortium unter der Führung der SV Sparkassenversicherung Sparkassen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der KfW und der Landeskreditbank Baden-Württemberg an einem der zentralen Stromnetzbetreiber Deutschlands beteiligt. So wird die Stromversorgung im wirtschaftsintensiven süddeutschen Raum gesichert.

Eine Refinanzierung dieser Investition erfolgt auch über Privatkunden der Sparkassen. Es ist also möglich, nicht nur über institutionelle Investoren, sondern auch unter Beteiligung von Kleinanlegern Kapital für Infrastrukturmaßnahmen zu mobilisieren. Aber das war ja nur ein erster und angesichts künftiger Kapitalbedarfe noch vergleichsweise kleinerer Schritt. Allein TransnetBW plant bis 2030 Investitionen in Höhe von 16 Milliarden Euro, bis 2035 sogar von 28 Milliarden Euro. Schon das ist eine gewaltige Kraftanstrengung – und hier geht es „nur“ um eines der großen Überland-Höchstspannungsnetze. Weitere und vor allem die Mittelspannungsnetze in den Kommunen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Allein die kommunalen Energieversorger müssen laut einer Studie der Helaba bis 2030 zusätzliche Investitionen von 140 bis 160 Milliarden Euro stemmen. Hierzu fehlt das Eigenkapital und die aktuelle Bonitätslage erlaubt nur noch zusätzliche Kredite im Umfang von 30 bis 55 Milliarden Euro. Hier klafft also eine enorme Finanzierungslücke.

Die Sparkassen in Baden-Württemberg haben deshalb ein Modell erarbeitet, um ihren kommunalen Energieversorgern Eigenkapital und damit auch neue Kreditpielräume zu ermöglichen. Über 1.000 Kommunen profitieren ganz praktisch davon.

Und das war nur der Blick auf die Energieinfrastruktur. Ich könnte ein paralleles Thema auch bei der digitalen Infrastruktur unseres Landes aufmachen.

Das alles zeigt: Wir brauchen öffentliche Mittel. Wir brauchen aber in noch größerem Umfang die Mobilisierung privater Mittel. Wir wollen, dass dabei auch private Kleinanleger eine wichtige Rolle spielen und mit profitieren können.

Die Regulierungs- und Investitionsanreize dafür stimmen noch nicht: Obwohl etwa Stromnetzbetreiber staatlich reguliert und die Durchleitungsentgelte garantiert sind, werden solche risikoarme Beteiligungen regulatorisch derzeit wie ein hochriskantes Aktieninvestment behandelt – mit einem Risikogewicht von 250 Prozent statt der realistischeren 100 Prozent. Bei Gasnetzen stellen sich ähnliche Problematiken.

Wenn die Politik zur wirtschaftlichen Stärkung unseres Landes, für eine sichere Energieinfrastruktur und damit einen leistungsfähigen Mittelstand privates Kapital mobilisieren will und wenn Kreditinstitute dabei eine unterstützende Rolle einnehmen sollen, dann darf das nicht weiter durch unrealistische Bankregulierungen behindert werden.

Als Sparkassen-Finanzgruppe sind wir bereit, Verantwortung für diese – für unser Land und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen wichtige – Infrastrukturen zu übernehmen.

Als Gesellschafter der Deutsche Leasing haben die Sparkassen im vergangenen Jahr eine Kapitalerhöhung von 300 Millionen Euro beschlossen. Dieses frische Eigenkapital wird in den

kommenden drei Jahren schrittweise eingebracht und gezielt eingesetzt, um die „Green Finance“-Aktivitäten der Deutschen Leasing auszubauen. Allein damit können im Verbund mit den Sparkassen zusätzlich Transformationsprojekte mit einem Gesamtvolumen von bis zu 6 Milliarden Euro begleitet werden. Es geht vor allem um Investitionen in erneuerbare Energien, den Ausbau grüner Infrastrukturen und nachhaltige Versorgungslösungen – von Photovoltaik- und Windkraftanlagen über Energieverteilungsnetze bis hin zu großvolumigen Batteriespeichern.

Das waren nur wenige ganz konkrete Beispiele. Sie machen deutlich: Wir können das. Wir tun unseren Teil. Und wir sind auch bereit und in der Lage, noch mehr zu tun, um die notwendige Modernisierung Deutschlands zu erreichen.

## **II. Notwendige Strukturreformen**

Es reicht aber nicht, meine Damen und Herren, dass Unternehmen und Kreditinstitute Bereitschaft für Zukunftsinvestitionen zeigen. Wir brauchen eine umfassende Reformagenda, um unser Land wieder nach vorne zu bringen. Drei Prioritäten sehe ich. Ich habe sie schon genannt und wiederhole sie:

**Erstens:** Unsere öffentlichen Genehmigungsverfahren müssen schlanker und schneller werden.

Dazu brauchen wir eine entschlossene Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Ich zähle die Elemente nicht einzeln auf, Bundesminister Karsten Wildberger hat alles öffentlich genannt. Wir unterstützen ihn. Sein Ministerium muss mehr Kompetenzen und damit mehr Durchschlagskraft erhalten.

Nur einen Türöffner nenne ich: Digitale Identitäten. Mit dem digitalen Personalausweis lassen sich Behördengänge rechtssicher, schnell und unkompliziert erledigen. Das ist die Grundlage für ganz vieles.

Und bei der Verwaltungsmodernisierung halte ich eine Genehmigungsfiktion für heute genehmigungspflichtige Investitionsvorhaben für einen Game-Changer. Sie sollten erlaubt sein, wenn die zuständige Behörde nicht in eng definierter Frist begründet widerspricht.

### **Zweitens:** Fachkräftemangel

Die Folgen des Fachkräftemangels spüren fast alle Unternehmen. Im Schnitt dauert es 94 Tage, bis eine Stelle besetzt ist. Das ist zu lang und kostet wertvolle Wertschöpfung. Wenn denn überhaupt Arbeitskräfte gefunden werden. 45 % der Unternehmen sehen im Fachkräftemangel inzwischen ein zentrales Geschäftsrisiko. Dem Fachkräftemangel muss entschlossen begegnet werden – durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch den produktiven Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz und auch durch eine besser gesteuerte Zuwanderung. Wir müssen aber auch auf die Menschen schauen, die wir haben. In Deutschland sinkt die Wochenarbeitszeit in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich. Zuletzt waren es 40,2 Stunden pro Woche. Rein rechnerisch könnten zwei zusätzliche Stunden pro Woche den Fachkräftemangel beseitigen. Es gilt, Teilzeitfallen aufzulösen, denn noch immer arbeiten vor allem Frauen ungewollt in Teilzeit. Hier braucht es eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und insgesamt mehr Flexibilität.

Ein Hebel ist auch in die einfachere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse – dort, wo es sinnvoll ist und Engpässe bestehen. Nachgewiesene Erfahrung in der Praxis sollte eine größere Rolle spielen. Das erleichtert qualifizierten Fachkräften den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und verbessert ihre Beschäftigungs- und Aufstiegschancen.

Deutschlands wertvollste Ressource ist die Intelligenz seiner Menschen. Ungenutzte Talente können wir uns nicht leisten. Das gilt von Anfang an. Etwa 52.000 Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schule ohne Abschluss. Das sind nicht einfach nur Zahlen – das sind junge Menschen mit Fähigkeiten und Ideen, die wir dringend brauchen. Jeder, der ohne Abschluss dasteht, ist ein Verlust für die Gesellschaft und für unsere Wirtschaft. Das dürfen wir nicht so hinnehmen.

Und wir müssen die Potenziale von Automatisierung, Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz gezielt nutzen, um Fachkräfte von Routineaufgaben zu entlasten und ihre Produktivität zu steigern.

Und dann **drittens**, ganz dringlich und wichtig: Deutschland läuft in eine Sozialversicherungs- und Rentenfalle.

Durch mutige Sozialreformen müssen deshalb die Lohnnebenkosten begrenzt und die Rentenlücke geschlossen werden. Wir haben keine Zeit mehr für langjährige Kommissionen, es muss gehandelt werden. Denn wir haben kein Erkenntnisproblem mehr:

- Die Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch Sozialabgaben steigen schneller als die Produktivität. Es führt also an Effizienzverbesserungen in der Kranken- und in der Pflegeversicherung kein Weg vorbei.

- Und dann ist die Lebenserwartung gewachsen und wachsen die Zahlen der Rentner deutlich schneller als die im Arbeitsleben stehenden Generationen. Wer also die Renten nicht kürzen und die Rentenbeiträge nicht drastisch erhöhen will, muss das Verhältnis von Einzahlungsjahren und Rentenjahren in eine neue Balance bringen. Diese Erkenntnis ist nicht christdemokratisch oder sozialdemokratisch. Das ist einfach nur Mathematik.

Es geht also um den Mut, der Bevölkerung etwas zuzumuten. Und das eher früher als später. Nur dann können Unternehmen und Arbeitnehmer vor zu hohen Belastungen geschützt und die Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden.

Ich wünsche und erwarte mir von der Koalition, dass sie sich diesen Erkenntnissen nicht länger verschließt.

Und dann sollte auch ein weiterer Punkt des Koalitionsvertrages rasch in Angriff genommen werden: ein Mittelstandsfonds.

Damit könnten Investitionen beschleunigt und gebündelt werden. Unternehmen könnten so mehr in Zukunft investieren. Zugleich würde ein solcher Fonds dafür sorgen, dass nicht allein internationale Investoren profitieren. Auch deutsche Anlegerinnen und Anleger könnten sich beteiligen – und damit an der Transformation teilhaben. Das würde Kapital im Land halten und die Akzeptanz für den Wandel stärken.

## **Schluss und Ausblick**

Meine Damen und Herren,  
die Unternehmen, vor allem aus dem Mittelstand, sind bereit zu investieren. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist bereit zu finanzieren. Jetzt muss die Bundesregierung den Vertrauensvorschuss, den sie seit ihrem Start zweifellos hat, einlösen. Es darf uns nicht zufrieden stellen, dass der Mittelstand im Durchschnitt „stabil“ im Markt steht. Wir müssen wieder wachsen wollen. Unsere Analyse zeigt, wo die Herausforderungen liegen: steigende Sozialabgaben, Finanzierungslücken bei Investitionen und ein ungelöster Fachkräftemangel.

Ich bin überzeugt: Deutschland kann mehr. Der Mittelstand kann mehr. Wenn wir jetzt die Ärmel hochkrepeln, können wir Wohlstand, Innovation und Sicherheit für die kommenden Generationen sichern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.